



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Gesundheitsausschuss	29.11.2018	öffentlich	Bericht

Betreff:

**1 Jahr Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes in Nürnberg - eine Bilanz;
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.06.2018**

Anlagen:

Diversity-Check
Sachverhaltsdarstellung Prostituiertenschutzgesetz

Sachverhalt (kurz):

Bezugnehmend auf den Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.06.2018 soll nach ca. einem Jahr seit Implementierung der Aufgabenerledigung im Vollzug des Prostituiertenschutzgesetzes Bilanz gezogen werden, welche Erfahrungen die drei beteiligten Stellen (Gesundheitsberatung und Anmeldung beim Gesundheitsamt bzw. deren Kreisverwaltungsbehörde sowie beim Ordnungsamt bezüglich der Betreiber von Einrichtungen) mit der Anwendung des Gesetzes gemacht haben.

Vertreterinnen der Prostituiertenberatungsstellen Cassandra e.V. und Jadwiga werden in der Sitzung anwesend sein und über ihre Erfahrungen im Hinblick auf die Umsetzung des ProstSchG berichten.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€ **Folgekosten** € pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv € davon Sachkosten € pro Jahr

davon konsumtiv € davon Personalkosten € pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ *weiter bei 3.*)
 Ja
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

siehe Anlage

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
 OA

Beschlussvorschlag:

entfällt, da Bericht